Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 113. Freitag den 17. Mai. **1850.**

Inhalt.

Nach Ihrem Antrage in dem Berichte vom 6ten d. M.. bestimme Ich, daß die in Gemäßheit des Gesetzes vom 7. März d. J. und Meiner Ordre vom 15ten v. M. aufzunehmende Staats-Anleihe von Achtzehn Millionen Thalern zum Zinsfuße von Vier und einem halben Prozent jährlich in Schuldverschreibungen zu Hundert, Zweihundert, Fünfhundert und Tausend Thalern ausgegeben und vom 1. Januar **1851** ab innerhalb der nächsten sechs Jahre jährlich mit Einem Prozent, so wie mit dem Betrage der durch die fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen des Gesammt-Kapitals, getilgt werde. Vom 1. Januar 1857 ab soll dem Staate das Recht vorbehalten bleiben, den hiernach zu berechnenden Tilgungsfonds zu verstärken, wogegen derselbe niemals verringert werden darf.

Ich beauftrage Sie, hiernach die weiteren Anordnungen zu treffen, und ermächtige Sie zugleich, die dieserhalb erforderlichen Verträge endgültig abzuschließen.

Bellevue, den 7. Mai 1850.

(gez) Friedrich Wilhelm. (contrasign.) von Rabe.

An den Finanz-Minister.

Berlin, den 16. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Staatsanwalt Wiens zu Steinfurt, dem emeritirten Pfarrer von Harthausen in Persanzig, Regierungsbezirk Köslin, und dem bisherigen Ober-Landesgerichts-Deposital-Rendanten, Hofrath Pechstein zu Naumburg, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Schornsteinfegermeister Schulze zu Luckau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den seitherigen Regierungs-Rath von Byern zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten zu ernennen.

Se. Hoheit der Herzog von Anhalt-Dessau ist vorgestern nach Dessau zurückgereist. — Der General-Major und Commandeur der 5. Division, v. Wussow, ist von Koblenz, und der Großherzoglich Hessische Geheime Rath Freiherr von Lepel, von Darmstadt hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Fürst Karl Egon von Fürstenberg ist nach Karlsruhe abgereist.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 4ten Klasse 101ster Königl. Klassen-Lotterie fiel der 1ste Hauptgewinn von 150,000 Rthlr. auf No. 15,998 nach Tilsit bei Löwenberg; 1 Hauptgewinn von 20,000 Rthlr. auf No. 49,310 nach Naumburg bei Vogel; 1 Gewinn von 5000 Rthlr. auf No. 63,346 nach Stralsund bei Claussen; 4 Gewinne zu 2000 Rthlr. fielen auf No. 15,539. 21,017. 59,699 und 61,669; 37 Gewinne zu 1000 Rthlr. auf No. 6039. 6209. 7136. 13,652. 18,122. 19,317. 20,470. 20,949. 23,219. 24,295. 25,725. 30,950. 42,240. 46,168. 47,168 49,960. 50,337. 52,129. 52,652. 53,627. 54,050. 54,057. 55,133. 56,124. 57,720. 58,962. 59,468. 60,911. 64,495. 64,717. 64,843. 65,241. 65,681. 67,531. 68,358. 69,208 und 71,603, einer davon nach Posen bei Bielefeld; 37 Gewinne zu 500 Rthlr. auf No. 4159. 6226. 7305. 8021. 8211. 9678. 10,179. 12,449. 12,709. 14,781. 15,193. 16,218. 16,718. 21,691. 24,502. 25,809. 33,168. 35,093. 38,349. 42,359. 42,649. 44,326. 44,590. 50,861. 52,253. 53,339. 53,589. 56,060. 58,535. 63,868. 64,485. 66,539. 67,933. 68,843. 69,040. 71,485 und 72,240; 60 Gewinne zu 200 Rthlr. auf No. 1172. 1438. 1965. 2278. 4420. 8423. 9210. 9294. 12,204. 12,823. 14,210. 14,895. 16,816. 17,041. 17,196. 18,187. 19,900. 21,349. 22,701. 23,100. 23,352. 27,154. 30,718. 31,202. 31,673. 32,788. 33,308. 37,380. 38,783. 38,787. 41,177. 41,379. 43,506. 44,213. 44,219. 45,673. 47,635. 51,313. 51,423. 53,694. 55,970. 56,700. 56,983. 58,641. 58,842. 59,534. 60,164. 61,325. 63,300. 64,267. 65,764. 66,252. 67,946. 69,391. 70,740. 72,702. 73,002. 73,615. 74,662 und 74,911.

Berlin, den 15. Mai 1850.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Deutschland.

Posen, den 16. Mai. Ueber die bisherigen Verhandlungen des Fürsten-Congresses theilt die „Const. Corr." Folgendes mit: Drei Punkte sind es, welche den Kern dieser Verhandlungen bilden: das Verhältniß des Reichsvorstandes, das Fürsten-Collegium und die Gestaltung der obersten Unions-Behörde. Was das Verhältniß Preußens als Reichsvorstand betrifft, so kam besonders dessen Stellung als Reichskriegsherr zur Sprache. In dieser Hinsicht wurde gewünscht, daß Preußen schon jetzt und vor Erlaß des vorbehaltenen Gesetzes über die Wehrverfassung der Union die Oberaufsicht über die bewaffnete Macht der Unionsstaaten in der Art übernehme, daß sowohl die Wehrhaftmachung als die Einübung der einzelnen Contingente für alle Fälle gesichert sei. Es erscheint allerdings in jeder Hinsicht zweckmäßig, an Stelle der vereinzelten Militär-Conventionen allgemeine Bestimmungen über das Verhältniß der Unionstruppen zu einander und namentlich über die organische Verbindung derselben unter einander und mit dem Preuß. Heere, als dem Kern des Ganzen, treten zu sehen. Inzwischen soll namentlich Mecklenburg-Strelitz die Aufrechthaltung der mit Preußen abgeschlossenen Militär-Convention dringend wünschen. Hinsichtlich des Fürsten-Collegiums wurde proponirt, demselben in Gemäßheit des Art. IV der Additionalakte eine weitere Ausbildung durch eine Curien-Einrichtung zu geben, nach welcher die dort näher bezeichneten 5 Stimmen als Curien in dem Verhältniß votiren würden, daß Preußen 1, Königreich Sachsen $\frac{1}{2}$ und die übrigen Staaten der zweiten Curie zusammen $\frac{1}{2}$, Hannover $\frac{1}{2}$ und die übrigen Staaten der dritten Curie zusammen $\frac{1}{2}$, Baden als vierte Curie 1, endlich Kurhessen und die übrigen Staaten der fünften Curie zusammen 1 Stimme führen. Innerhalb der einzelnen Curien würde sich das Stimmenverhältniß nach dem Maaßstabe ihrer Vertretung im Staatenhause weiter regeln. Die wichtigste Frage aber ist die dritte, nach der Gestaltung der obersten Unionsbehörde. Hier stehen sich bis jetzt zwei Ansichten gegenüber. Nach der ersten, welche Baden und ein Theil der übrigen Regierungen vertritt, ist es zur Bildung eines eigenen verantwortlichen Reichsministeriums gegenwärtig noch nicht an der Zeit. Diese Regierungen gehen von der Ansicht aus, daß an dem ursprünglichen Gedanken des Vertrags vom 26. Mai 1849 festzuhalten sei, wonach der engere Bundesstaat ganz Deutschland, mit alleiniger Ausnahme Oesterreichs umfassen, mit letzterem aber in ein völkerrechtliches Allianz-Verhältniß treten sollte. Um diesen ursprünglichen Gedanken nicht der Aussicht auf Verwirklichung zu berauben, dürfe man das Unionswerk noch nicht völlig schließen, so lange ein Theil der Deutschen Staaten außerhalb desselben stehe. Es sei vielmehr ein transitorischer Zustand vorzuziehen, welcher der Union, so weit sie bereits bestehe, Zeit lasse, in dem Boden der Wirklichkeit Wurzel zu schlagen und seine Attraktionskraft auf die außerhalb verbliebenen Regierungen auszuüben. Für dieses Transitorium genüge es, wenn Preußen die Reichsgewalt einstweilen auf seine eigene Verantwortlichkeit hier übernehme und durch Spezial-Commissarien ausüben lasse. Von Preußischer Seite wird dagegen die Bestellung wenigstens eines Reichsministers des Innern, etwa auch des Kriegs und der Finanzen, in Gemäßheit der Reichsverfassung vorgeschlagen. Es liegt dabei die allerdings triftige Ansicht zum Grunde, daß die Uebernahme der vollen Verantwortlichkeit der Reichsgewalt von Seiten Preußens und deren Ausübung durch Preußische Beamte den Verdächtigungen der Absichten der Preußischen Regierung in Betreff der Union neue Nahrung geben und Preußen die Sympathieen der Außerpreußischen Deutschen Bevölkerungen mehr oder weniger entziehen könnte. Gerade um diesem Uebelstande vorzubeugen, hat sich die Preußische Regierung auch von vorn herein bereit erklärt, als Reichsminister des Innern einen Nichtpreußischen Beamten anzunehmen. Um diesen Differenzpunkt dreht sich gegenwärtig noch die Diskussion. Wir haben inzwischen Ursache, um so eher an eine gütliche Beilegung desselben zu glauben, als nicht zu verkennen ist, daß die beiderseitigen Bedenken sich lediglich auf den reinen Eifer aller Betheiligten gründen, dem Unionswerke seinen großartigen allgemein Deutschen Charakter zu erhalten. Von dieser Grundlage eines patriotischen Enthusiasmus aus läßt sich an dem Gelingen des Erstrebten nicht zweifeln.

Ueber die Sitzung des Congresses vom 13., welche, wie bereits gemeldet, der Berathung über die einstweilige Errichtung der Unions-Regierung gewidmet war, enthält die „Deutsche Reform" folgende Mittheilung: Die gestrige Sitzung des Congresses war, wie schon angekündigt worden, der Berathung über die einstweilige Einrichtung der Unionsregierung gewidmet. Es handelte sich zunächst um die Constituirung des Fürstenkollegiums, welches bei der gegenwärtigen Ausdehnung der Union eine anderweitige Modifikation der Curien erfordert, ohne daß die früher festgestellten Normen derselben geändert werden. Seitens der Preußischen Regierung wurden bestimmte Propositionen über die jetzt angemessene Vertheilung gemacht, welche die Zustimmung der übrigen Mitglieder fanden. Nächstdem war noch festzustellen, wie die Glieder der einzelnen Curien sich unter einander zu einigen hätten, und es war dabei vorgeschlagen, daß für das Stimmverhältniß die Norm aus der Anzahl der Abgeordneten entnommen werden sollte, welche jeder Staat in das Staatenhaus sendet. Es wurde jedoch beschlossen, die genauere Festsetzung hierüber bis nach Bildung der Curien selbst vorzubehalten. Was nun die Einsetzung von Reichsministern betrifft, so wurde zunächst geltend gemacht, daß die Aufgabe derselben im jetzigen Stadium der Union keine andere sein könne, als die Geltendmachung der Union im In- und Auslande und die Vorbereitung der Vorlagen für das künftige Parlament. Hierzu wird es nun genügen, daß zwei Minister mit den Geschäften beauftragt seien, und es wurde zunächst vorgeschlagen, daß der Preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit dem einen Theil der Aufgabe betraut, und außerdem noch ein Minister ernannt würde. Nachdem mehrere andere Anträge gestellt und debattirt worden waren, einigte man sich dahin, der Preußischen Krone die Ernennung der nöthigen Reichsminister zu überlassen. So weit gelangten gestern die Verhandlungen; heute dürfte über die von den Unionsstaaten anzunehmende Stellung in Bezug auf den Frankfurter Congreß berathen werden. Nach allen Anzeichen ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der hiesige Fürsten-Congreß nunmehr ein Definitivum zur Folge haben werde.

☾ **Berlin**, den 14. Mai. Glaubwürdigem Vernehmen nach wird die Vermählung der Prinzessin Charlotte mit dem Erbprinzen von Meiningen nun bestimmt am 18. d. Mts. vollzogen werden. Die Ausstellung des Trousseaus wird in diesen Tagen im Königl. Schlosse stattfinden. Zur Feier des Tages kommt die Oper „Armide" zur Aufführung. — Wie ich Ihnen schon berichtet, geht das junge Paar bald nach der Vermählung nach der Villa Carlotta am Comer-See, verweilt hier einige Zeit mit der Mutter, der Prinzessin Marianne, die aus dem gelobten Lande zurückkehrt, und tritt dann in Begleitung derselben die Heimkehr nach Meiningen an, wo sich bekanntlich Prinzeß Marianne angekauft hat, um ins Künftige in der Nähe des jungen Paares zu leben.

Berlin, den 14. Mai. Der Hamburger Correspondent veröffentlicht folgende Antwort des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn von Schleinitz auf die Oesterreichische Circular-Depesche vom 26. April: „Der Kaiserl. Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr von Prokesch-Osten, hat mir den abschriftlich beiliegenden Erlaß seiner Regierung mitgetheilt, durch welchen er beauftragt wird, die Königl. Regierung einzuladen, sofort einen Bevollmächtigten nach Frankfurt a. M. zu entsenden, um daselbst mit sämmtlichen Genossen des Deutschen Bundes, an welche die gleiche Einladung von Seiten des Kaiserl. Kabinets ergangen, in Berathung zu treten, zunächst über die Anordnung eines neuen Interims an die Stelle des mit dem 1sten d. M. abgelaufenen, fernerweit aber auch über die allseitig als nothwendig erkannte Revision der Bundesverfassung. Die Königl. Regierung theilt das in dieser Depesche ausgesprochene Bedauern, daß die bisherigen Verhandlungen zu einer vorgängigen Verständigung darüber zwischen Preußen und Oesterreich ohne Erfolg geblieben sind. Eben so sehr theilt sie die Ueberzeugung, daß es die Pflicht aller Bundesglieder sei, sowohl dafür zu sorgen, daß die allgemeinen Bundes-Angelegenheiten nicht ohne eine gemeinsame Leitung bleiben, als dazu mitzuwirken, daß die auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr anwendbare Verfassung des Bundes auf dem rechtlichen Wege allgemeiner Zustimmung in angemessener Weise umgestaltet werde. Die K. Regierung hat behufs der Ordnung eines neuen provisorischen Zustandes diejenigen Vorschläge gemacht, welche ihr die einfachste Lösung darzubieten und den thatsächlichen Verhältnissen am meisten zu entsprechen schienen. Sie muß jede Verantwortlichkeit von sich ablehnen, wenn durch die Nichtannahme dieser Vorschläge eine beklagenswerthe Zögerung eingetreten und das bisherige Interim abgelaufen ist, ohne daß für die Anordnung eines neuen Vorsorge getroffen werden konnte. Dieselben thatsächlichen Verhältnisse sind es auch, von welchen sie bei ihrer Beurtheilung der die Revision der allgemeinen Bundesverfassung betreffenden Fragen ausgeht. Die Anerkennung dieser Thatsachen allein kann diejenige Uebereinstimmung in den Ansichten über die Grundlagen, auf welchen das zu schaffende Werk zu ruhen habe, herbeiführen, deren Mangel, wie das K. K. Kabinet mit Recht beklagt, alle bisherigen Versuche zu einer Einigung fruchtlos gemacht hat.

Diese Thatsachen sind, außer den Ereignissen und Bundes-Beschlüssen des Jahres **1848**, einerseits die Oesterreichische Gesammt-Verfassung vom 4. März **1849** und die damit im innigsten Zusammenhange stehende Forderung Oesterreichs, das Bundes-Verhältniß auf seine Gesammt-Monarchie auszudehnen, andererseits die enge Verbindung, in welche eine bedeutende Anzahl Deutscher, aus freiem Willen und getrieben von eigenem Bedürfniß, unbeschadet der Bundespflichten, mit einander durch das Bündniß vom 26. Mai v. J. getreten sind. Es ist also der Boden der durch Verträge geheiligten Rechte und der thatsächlichen Verhältnisse, auf welche Preußen sich stellen wird, um seine Entschlüsse zu fassen. Was nun den von der Kaiserl. Regierung vorgeschlagenen Weg eines nach Frankfurt a. M. einzuberufenden Kongresses sämmtlicher Genossen des Deutschen Bundes betrifft, so wird die Königliche Regierung sich hierüberüber mit ihren Verbündeten berathen. Se. Majestät der König haben zu dem Ende schon eine Einladung an Ihre hohen Verbündeten ergehen lassen, Ihn persönlich, jedoch unter Zuziehung verantwortlicher Minister, am 8ten d. hier in Berlin mit Ihrem Besuch erfreuen zu wollen, um sich gemeinsam über den gemeinsam einzuschlagenden Weg zu besprechen. Von dem Ergebniß dieser Berathungen werden die weiteren Schritte der Königl. Regierung abhängen. Von vorn herein muß dieselbe jedoch dagegen protestiren, daß in der vorliegenden Depesche des Kaiserl. Kabinets auf die Art. V. und VI. der Bundes-Akte Bezug genommen werde und daher ein eventuell in Frankfurt a. M. zu versammelnder Kongreß das auf Grund der früheren Präsidial-Befugnisse Oesterreichs zusammenberufene Plenum der früheren Bundes-Versammlung darstelle. Diese Bundes-Versammlung ist durch rechtsgültige Beschlüsse des Jahres **1848** aufgelöst, und damit sind auch die früheren Präsidial-Befugnisse als aufgehoben zu betrachten. Wir können die Aufforderung zu dem Kongreß lediglich als eine an die einzelnen Regierungen ergangene Einladung ansehen. Zu einer solchen gemeinsamen Berathung über allgemeine Interessen einzuladen, erachten wir die KK. Oesterreichische Regierung allerdings vollkommen befugt; können aber daran keinesweges irgend eine Präklusion oder sonstige nachtheilige Folgen für diejenigen Regierungen knüpfen lassen, welche es etwa nicht angemessen fänden, sich gerade an diesen Berathungen zu betheiligen. Für letztere kann keine Art von anderen Folgen daraus erwachsen, als daß die Resultate jener Berathung auf sie keine Anwendung finden würden. Die bei der Frankfurter Konferenz Erscheinenden werden allein und ausschließlich nur für sich Einrichtungen zu vereinbaren, keinesweges aber im Namen des Bundes allgemeine Anordnungen zu treffen haben. Diese Grundsätze von vorn herein offen auszusprechen, hält die Königl. Regierung für Pflicht, indem sie sich ihre weiteren Entschließungen und Erklärungen bis nach der Berathung mit ihren Verbündeten vorbehält. Ew. 2c. wollen dem Kaiserl. Minister-Präsidenten von gegenwärtiger Depesche Mittheilung machen und demselben eine Abschrift davon zustellen.

Berlin, den 3. Mai 1850. (gez.) v. Schleinitz.

An den Königlichen Gesandten Herrn Grafen
v. Bernstorff Hochgeboren zu Wien."

— (B.N.) In Bezug auf die Feuersbrunst in der Schickler'schen Zuckersiederei gehen uns noch folgende Mittheilungen zu. Während die Arbeiter zu Mittage waren, brach das Feuer auf dem sogenannten Trockenboden an der nordöstlichen Seite zuerst aus, verbreitete sich

aber so schnell über den ganzen Bodenraum, daß dieser in ganz kurzer Zeit in Flammen stand. Erst von hier aus griff es weiter um sich, und brannte bei den so leicht entzündlichen und mit Wasser fast gar nicht zu dämpfenden Zuckermassen nun von Etage zu Etage herunter. Die Spritzen, wohl 40 an der Zahl, und die große Dampf-Spritze sind von Sonnabend Mittag bis Sonntag früh unausgesetzt thätig gewesen. Es haben sich dabei und während der Nacht besonders die Soldaten vom Kaiser Alexander- und Franz-Grenadier-Regiment und die Pioniere ausgezeichnet, und mit rastlosem Fleiße und der größten Anstrengung gearbeitet. Einzelne Spritzen waren am Sonntag Nachmittag noch auf der Brandstelle in Thätigkeit, indem die Glut wie aus einem Krater ihre Flammen noch immer empor trieb. Von dem eingeäscherten Gebäude führt nach einem dicht am Wasser gelegenen und sehr gut verwahrten Magazine oder Speicher ein ganz aus Eisen construirter Bogengang, der nur wenig vom Feuer gelitten hat; auch sind in den untern Räumen noch einige Maschinen mit ihren Kesseln und Ventilen rc. erhalten, obwohl sehr beschädigt worden. Ein colossaler Dampfschornstein, von wohl 90 Fuß Höhe, 1845 erst gebaut, ist ganz unversehrt geblieben, obwohl er dicht neben dem großen zerstörten Hause steht, und gewiß eine ungeheure Hitze ausgehalten hat. Das sogenannte Maschinenhaus hat bedeutend gelitten, und kann man in demselben noch sehen, wie die geschmolzenen siedenden Zuckermassen in das dicke Mauerwerk ein- und durch dasselbe durchgedrungen sind. Darüber herrscht nur eine Stimme, daß, wenn auf dem Boden des Hauses nicht so große Quantitäten Zucker gelagert worden wären, das Feuer solche Gewalt und Ausdehnung nicht erlangt, und sich vielleicht noch auf dem Bodenraum hätte beschränken lassen. Möchte dies eine Warnung für andere derartige Etablissements sein. Die Versicherungssumme soll nur etwa 150,000 Thlr. betragen. In dieser, zweiten, hiesigen Schickler'schen Siederei wurden gegen 200 Menschen beschäftigt, deren fernere Existenz bei dem bekannten und mit vollem Rechte hochgerühmten Humanitätssinne der Herren Besitzer wohl gesichert ist. — Die Brandstätte wurde am vergangenen Sonntage von vielen Tausenden besucht.

Berlin, den 15. Mai. Dem Congresse wegen Modificirung des Zollvereins-Tarifs sollen sehr energische Petitionen zur Wahrung der landwirthschaftlichen Interessen zugehen. Wir dürfen vertrauen, daß diese Interessen dort ihre volle Vertretung finden werden. Preußen ist, wie sich nicht verkennen läßt, vor allen Dingen ein ackerbauender Staat. Das dem Hanf- und Flachsbaue in Westphalen und Schlesien, eben so wie der Zuckerrüben-Cultur in Sachsen und Westphalen, alle mögliche Begünstigung zu Theil werden müsse, versteht sich von selbst. Unter den gegebenen Verhältnissen dürfte dies jedoch durch eine dem Verbote gleichkommende Besteuerung der Baumwollen- und Rohzucker-Einfuhr, wie sie in jenen Petitionen gefordert wird, schwerlich zu erreichen sein. Es dünkt uns kein richtiger Gesichtspunkt, hierbei blos das Interesse der Steuer-Verwaltung ins Auge zu fassen: denn der Zollverlust ließe sich vielleicht durch Erhöhung der direkten Besteuerung und auf andere Weise ausgleichen. Wohl aber erscheint das Privat-Interesse der Fabrikation von Baumwollenwaaren und von raffinirtem Zucker als ein sehr wesentlicher Punkt, welcher sich durch die Einrede, daß die Baumwollenfabrikanten Leinen, die Zuckerfabrikanten Rübenzucker produciren könnten, keinesweges erledigt. — Zu der am 18. d. M. in Charlottenburg stattfindenden Vermälungsfeier der Prinzessin Charlotte hat der General-Musik-Direktor Meyerbeer die Fackeltanz-Polonaise componirt. — Die kaufmännischen Corporationen der Ostseehafenstädte, namentlich zu Königsberg, Danzig und Memel, bemühen sich bekanntlich schon seit längerer Zeit um die unbedingte Zulassung ausländischer Feuer-Versicherungs-Gesellschaften in Preußen. Wie verlautet, sollen jetzt Seitens der inländischen Gesellschaften dieser Art Schritte gethan werden, um deren Interessen gegenüber jenen Bemühungen zu schützen. — Der provisorische Vorstand des conservativ-constitutionellen Wahl- und Hülfsvereins für Berlin hat die Mitglieder desselben auf heute Abend zu einer Generalversammlung im Mitscherlichschen Saale, zur Besprechung wichtiger Angelegenheiten, eingeladen. — Die Vorstände der demokratischen Partei Berlins und anderer Städte, hatten am Sonntage in der Nähe Berlins eine Zusammenkunft, in welcher unter Anderm beschlossen wurde, im Interesse der Partei einige ihrer Hauptführer sofort nach dem nördlichen Deutschland (Oldenburg, Hamburg rc.) abzusenden. — Wie wir bereits mitgetheilt haben, hat Kinkel sein bisheriges Gefängniß vertauscht und ist nach Spandau, begleitet von einem Polizeibeamten und einem Offizier, abgeführt worden. Die Begleiter des gefangenen Dichters überbrachten dem Gefängniß-Direktor ein Schreiben des Ministers v. Manteuffel, in welchem der Gefangene rücksichtsvoller Behandlung empfohlen wird. In Folge dessen ist Kinkel bis jetzt das Tragen der Sträflingsjacke und das Abscheeren des HauptHaares entlassen. — An den Häusern, in welchen sich die Büreau's der Revier-Polizei-Commissarien befinden, werden mehr in die Augen fallende, mit dem Preußischen Adler versehene, Schilder angebracht werden, damit das Publikum, wenn es der Hülfe der Commissare bedarf, diese leicht zu finden weiß. — Aus der Gegend von Greifenberg in Pommern kamen vor einigen Tagen gegen 50 Auswanderer hier an, unter ihnen befand sich ein Mann von 86 Jahren, sie gingen von hier nach Hamburg.

— (C. Z.) Ueber die in der ersten vertraulichen Besprechung der Fürsten von Sr. Majestät dem Könige gesprochenen Worte, von den Gefahren handelnd, welche der Union drohen, die er aber für seine Person nicht allzu hoch anschlage, erfährt man, daß dieselben auf Veranlassung des Ministeriums gesprochen worden sind, und eine Art öffentlicher Antwort auf die in vertraulichen Mittheilungen enthaltenen Kriegsdrohungen Oesterreichs abgeben sollen. Zwar hat sich in der schon stellenweise bekannt gewordenen, dem Protest vom 3. Mai angehängten, vertraulichen Mittheilung, Preußen entschieden genug ausgesprochen, es schien aber eine solche, den Charakter der Oeffentlichkeit an sich tragende Erklärung um deshalb wünschenswerth, weil die erwähnte vertrauliche Mittheilung Preußens durch die Presse nicht wird vollständig bekannt gemacht werden. Oesterreich hat nämlich, und dies giebt die Veranlassung hierzu, seinerseits ebenfalls eine solche Publikation seiner vertraulichen Mittheilungen nicht gestattet. In diesen vertraulichen Mittheilungen ruht inzwischen der Schwerpunkt der Politik, und ohne ihre wörtliche Kenntniß wird Vieles dunkel bleiben. — Vom Grafen Montalambert sind Nachrichten hier eingetroffen, welche die Lage Frankreichs nicht düster genug schildern können. Er erachtet Frankreich im Begriff, in einen „unermeßlichen Abgrund“ zu stürzen, und hält den Sieg über die Sozialisten bei der bevorstehenden Katastrophe nur durch die großartigsten und einigsten Anstrengungen der gesammten konservativen und sittlichen Elemente für möglich.

— Bei gefüllten Zuhörertribünen verhandelte am 11. d. M. das Schwurgericht über eine doppelte Anklage gegen den erst vor wenigen Tagen freigesprochenen Redakteur der Urwähler-Zeitung Bernstein, für welchen der Advokat Dorn die Vertheidigung übernommen hatte, die Staats-Anwaltschaft vertrat der Assessor Adler. Die Anklage basirte auf zwei verschiedene in der Urwähler-Zeitung enthaltene Artikel. In dem ersten, in Nro. 25 enthaltenen, wird hauptsächlich die Person des Grafen von Arnim angegriffen; aber auch auf die Mitglieder der früheren ersten Kammer wird heftig geschmäht. Auf Grund des §. 17 der Verordnung vom 30. Juni 1849 wird der Angeklagte der versuchten Störung des öffentlichen Friedens sowie der Aufreizung von Staatsangehörigen gegen einander beschuldigt. In dem zweiten incriminirten Artikel, in Nro. 18 derselben Zeitung, stellt der Angeklagte die Behauptung auf, daß die Zeit des Wortbruches gekommen sei, und behauptet gerade von den Fürsten, daß diese ihr Wort nicht zu halten brauchen. Mehrere Sätze dieses Artikels enthalten ehrfurchtverletzende Aeußerungen gegen den Landesherrn. Auf Grund des §. 20 der oben gedachten Verordnung ist gegen Bernstein die Anklage der Majestätsbeleidigung erhoben worden.

Beider Verbrechen erklärt sich der Angeklagte für nicht schuldig. Er bestreitet zunächst, in dem ersten Artikel bestimmte Staatsangehörige gemeint zu haben, und weist die Absicht, den öffentlichen Frieden stören zu wollen, zurück. In Bezug auf den zweiten Artikel läßt sich der Angeklagte in eine weitläufige Ausführung seiner politischen Ansichten ein. Er behauptet, der ganze Artikel sei nur ironisch gehalten und bestimmt gewesen, die Ansichten einer Partei, welche die „Neue Preuß. Zeitung“ in dem damaligen Kampfe mit der „Deutschen Reform“ über die Frage, bei Gelegenheit der Königlichen Botschaft: „annehmen oder ablehnen“, vertrat, zu ironisiren und dieser Ansicht entgegen zu treten. Zum Beweise hierfür geht der Angeklagte auf die damaligen verschiedenen politischen Ansichten ein und versucht aus einem anderen von ihm verfaßten, und in der Urwähler-Zeitung enthaltenen Artikel, die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen. Nach Beendigung der sehr langen Auslassung des Angekl. erhielt, da keine Beweisaufnahme stattfand, der Staats-Anwalt das Wort. Derselbe hielt beide Klagen aufrecht; er sprach zuerst längere Zeit über die Tendenz der Urwähler-Zeitung und suchte zu beweisen, daß dasselbe durchaus nicht, wie der Angekl. behauptete, einer gemäßigten Partei angehöre. Er beantragt auch in beiden Fällen das Schuldig auszusprechen. Der Angeklagte hält noch einen längeren Vortrag. Der Defensor hält es für nicht gerechtfertigt, daß der Staats-Anwalt die Tendenz der Zeitung mit in die Anklage hineinziehe, ebenso daß derselbe von vorn herein in einem gereizten Tone gesprochen habe. Die Urwähler-Zeitung bestehe seit zwei Jahren und erst einmal sei eine Anklage gegen den Redakteur erhoben worden, die mit einer Freisprechung endete. Er beantragt schließlich das Nichtschuldig auszusprechen. Die Geschworenen sprachen wegen beider Anklagen das Schuldig aus, in Folge dessen der Angeklagte wegen versuchter Störung des öffentlichen Friedens zu einer Geldstrafe von 20 Thlr., im Unvermögensfalle 4 Wochen Gefängniß, und wegen Majestätsbeleidigung zum Verlust der Nationalkokarde und einer viermonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde.

Breslau, den 13. Mai. (Berl. N.) Heute früh begann der Prozeß gegen die Maiangeklagten, oder, wie die Anklageakte sich ausdrückt, gegen Robert Schlehan und Genossen. Es waren ziemlich starke Militairkräfte zur Aufrechterhaltung der Ruhe aufgeboten. Der Gerichtshof bestand aus dem Appellations-Gerichts-Rath Greiff, den Stadtgerichts-Räthen Hufeland und Hein, den Assessoren v. Uechtritz und Rosenberg und dem Ergänzungsrichter Assessor Wendt. Als Staatsanwalt fungirt der Assessor Meyer. Von 88 Angeklagten sind 80 erschienen. Vier der Nichterschienenen, unter ihnen der Dr. Engelmann, damaliger Kommandeur der Breslauer Bürgerwehr, werden steckbrieflich verfolgt. Es wurde, nach Ausloosung und Vereidung der Geschworenen und Verlesung des allgemeinen Theils der Anklage, an welche sich die Verlesung der Obduktionsprotokolle der gefallenen Militairs schloß, die besondere Anklage gegen Robert Schlehan verlesen, dem zur Last gelegt wird, aufreizende Reden gehalten und sich an die Spitze einer bewaffneten Schaar gestellt, auch sich in der Nähe eines Kampfplatzes aufgehalten zu haben. Theilnahme am Kampfe selbst wurde wohl vermuthet, aber nicht behauptet. Schlehan erkärte sich für unschuldig, protestirte dagegen, daß man ihn in dem Anklageakt als Rädelsführer bezeichne, da die Tagesbefehle des Dr. Engelmann bekannt genug seien, welche zum Widerstand aufforderten und denen er sich untergeordnet habe. Er stellte auch in Abrede, einen Zug geführt zu haben. Er habe allerdings von Engelmann den Auftrag erhalten, in einem Gasthofe sich mit einer Schaar Leute zu vereinigen, da sich aber nur Wenige dort befunden hätten, noch weniger ihm gefolgt seien, so habe er, die Erfolglosigkeit eines Angriffs auf das Militair einsehend, diesen und anderen Bewaffneten, denen er begegnet sei, vom Kampf abgerathen, auch selbst seine Waffen niedergelegt. Es wird hierauf mit der Zeugenvernehmung begonnen.

Stettin, den 13. Mai. Die projektirte Probefahrt des „Adler“ nach Swinemünde, bevor derselbe seine Postfahrten nach Petersburg wieder antritt, ist am Sonnabend unterblieben. Der Handelsminister, welcher mit den in Berlin befindlichen Mitgliedern der Zollkonferenz jene Fahrt Anfangs mitzumachen beabsichtigte, ließ durch den Telegraphen absagen.

Danzig, den 11. Mai. (Danz. Ztg.) Auf die von dem hiesigen Gewerbe-Verein an den Herrn Handels-Minister von der Heydt gerichtete dringende Bitte um einen möglichst zu beschleunigenden Beginn der Eisenbahn-Arbeiten ist nachstehende Antwort vom 4. Mai erfolgt:

„Dem Vorstande des Danziger allgemeinen Gewerbe-Vereins erwiedere ich auf die Vorstellung vom 28. März d. J., daß die Königliche Direktion der Ostbahn vorgeschlagen hat, im bevorstehenden Baujahre die Futtermauer, welche den Danziger Bahnhof gegen das linkseitige Bassin der Mottlau abschließen wird, so wie die Fahrbrücke über den Trennungsgraben nach der Speicher-Insel und demnächst die Rammarbeiten zu den eisernen Brücken über die Festungsgraben in Angriff zu nehmen. Ich habe diesen Plan genehmigt und wünsche, daß die Ausführung desselben möglichst viel zur Milderung der von dem Vorstand angedeuteten Bedrängniß dortiger Gewerbetreibender beitragen möge.

Königsberg, den 11. Mai. (B. N) Die vorgestrige Nummer der „Neuen Königsberger Zeitung“ ist wieder mit Beschlag belegt worden. Die Polizei forderte von der Redaktion das betreffende Manuscript, und stellte, da ihr dasselbe verweigert wurde, eine Haussuchung an, die jedoch erfolglos blieb. Heut erklären nun die Redakteure der beiden hiesigen großen Blätter, Hr. Heinrich Schöndörffer, der genannten, und Hr. Hugo v. Hasenkamp, der Hartungschen Zeitung, an der Spitze ihrer Zeitungen, daß sie, so lange ihnen keine Gesetzesstelle, welche die Herausgabe von Manuscripten bestimmt, namhaft gemacht werden kann, dem Verlangen nach deren Auslieferung keine Folge leisten und gegen diesfällige Haussuchungen als gesetzlich unbegründete Maßregeln protestiren werden. Die „N. Königsb. Ztg.“ benachrichtigt außerdem noch ihre Mitarbeiter, daß die nöthigen Vorkehrungen getroffen sind, um ihre Manuscripte vor der Polizei sicher zu stellen.

Düsseldorf, den 10. Mai. (Berl. N.) Gützlaff, der Chinesische Missionar, ist hier angekommen und wird eine Missions-Predigt halten, über sein Wirken in China einen näheren Bericht abzustatten.

Frankfurt, den 7. Mai. (Wanderer.) Von dem Erzherzog Johann erhielt der hiesige katholische Stadtpfarrer und wirkliche geistliche Rath Beda Weber ein Schreiben, welches Letzterer in der „F. P. Z.“ veröffentlicht, und das in folgender Weise schließt:

„Mein Denken und Handeln rücksichtlich Deutschlands ist Ihnen bekannt, daher muß Ihnen der im „Frankf. Journal“ in der Beilage No. 98. vom 24. April d. J. enthaltene Artikel aus Gratz aufgefallen sein; da er aus der „Köln. Ztg.“ entnommen ist, so scheint Mir, daß er aus der nämlichen Quelle kommt, aus welcher während Meinem Aufenthalte in Frankfurt a. M. ähnliche erflossen. Ich muß nur Mich über die Unverschämtheit wundern, zu sagen, Mir sei Detmold, welcher mir stets treuer Freund war, zuwider, und daß Ich mit General v. Radowitz auf so freundlichem Fuß stände, was mir wirklich ganz neu vorkommt. Dieses Alles wäre noch zu ertragen, allein das Aergste bleibt Auerbachs Machwerk: „Andre Höfer“, wo Ich als ein falscher, das Vertrauen eines biedern Volkes mißbrauchender Mensch erscheine. Wer die Geschichte Tyrols kennt, weiß, ob Ich es redlich mit diesem Lande gemeint habe, und ob Ich nicht zu jeder Zeit, selbst zu Meinem Eigenen Schaden und Verdruß, ein ehrlicher Vertreter seiner Rechte und Freiheiten war. Nur ein Fremder, der in den Oktobertagen in Wien nicht unbefangen war, kann so Etwas schreiben. Mein Trost ist, daß man in Tyrol eine andere Meinung hat, und die Wahrheit durch ehrliche Freunde, da Ich, obgleich Ich es im Stande wäre, nicht Selbst auftreten will und es einer späteren Zeit vorbehalte, — wird vertreten werden. — Ich denke oft an Deutschland, und namentlich an Frankfurt a. M.; in letzterer Stadt habe Ich viele ehrenwerthe Männer kennen gelernt. Was Deutschland betrifft, so ergreift mich tiefe Wehmuth, wenn ich denke, was hätte werden können und was Leidenschaften und Vergrößerungssucht verdorben haben. Die Nation wäre eines besseren Schicksals werth; sie wird aber leider noch manche Leiden durchzumachen haben; möchte sie doch einmal das Ziel eines glücklichen Zustandes erreichen. Ich hoffe im Laufe dieses Sommers unser Landl zu sehen und Meine Winterprojekte auszuführen. Nehmen Sie Mir nicht übel, daß Ich Mich einer andern Hand bediene, aber Ich schone Meine Augen. Schreiben Sie Mir, wenn Sie Zeit haben, so wie ein Landsmann dem andern schreibt, mit der unseren Bergen eigenen Aufrichtigkeit. Gratz, am 2. Mai 1850.

Ihr Johann.

Frankfurt, den 11. Mai. Durch das Versehen eines Unterbeamten war das Sitzungslokal der Central-Bundes-Commission von der hier beabsichtigten Konferenz in Beschlag genommen worden; man hatte den alten Bundestagstisch und die Sessel der entschlafenen Bundesversammlung dahingeschafft. Doch bedurfte es nur der einfachen Anzeige, daß die Bundes-Central-Kommission über die ihr angewiesenen Räume allein zu verfügen habe, um die Maßregel rückgängig zu machen. Es fand demnach die erste Zusammenkunft jener Versammlung in einem Vorsaal jenes Sitzungslokals statt, welchen die Kommission dazu hergab, bis anderweitige Lokalien ausfindig gemacht werden könnten.

München, den 12. Mai. In der Pfalz werden die Truppen-Corps verstärkt.

Oesterreich.

Wien, den 13. Mai. (Wanderer.) Die Gefangenen, welche sich noch in Untersuchung im Neugebäude befinden, sind nach dem „Pesther Spiegel“ fast sämmtlich in die Berchtesgadner Zunft eingetreten, und liefern die hübschesten Schnitzsachen, obgleich die Meisten von ihnen früher nie ein Schnitzmesser in der Hand hatten, ja viele nicht einmal zeichnen können. Jetzt wird besonders fleißig gearbeitet, da der in neuester Zeit gleichfalls nach dem Neugebäude gebrachte Banknotenfabrikant Römer seinen Haftgenossen die nöthigen Zeichnungen liefert. Vicegespan Nyari schnitzte bereits ein Paar Holzteller. Ein anderer Inhaftirter, der ein wunderbares, ihm selbst bisher unbekanntes Talent zum Schnitzen besitzt, schnitt ein allerliebstes Körbchen aus Holz aus. Es ist ein wahres Meisterstück. Flüchtig beschaut würde man es für einen aus Stroh geflochtenen und mit zwei Nebenblättern zugedeckten Korb halten. So nett ist es gefertigt.

— Der gefährliche „Ueberall und Nirgends“ Rozsa Sandor soll seine in der Nachbarschaft von Szegedin lauernde Bande bereits auf 700 Köpfe gebracht haben, eine Nachricht, die uns jedoch sehr übertrieben vorkommt. Rozsa Sandor, einer der gefürchtetsten Highwaymänner Ungarns, eine ins Verwegnere übersetzte neue Ausgabe Sobri's, war der Empecinado oder der erste Guerillas-Führer im Ungarischen Kriege.

Preßburg, den 6. Mai. Haynau ist unter Kanonendonner und Glockengeläute hier eingetroffen. Man ist sehr gespannt, ob er eine Amestie für die politischen Verbrecher mitbringt.

Schweiz.

Zürich, den 10. Mai. (Köln. Z.) Die Polizei von Schaffhausen hat am 4. d. M. als Revanche für die von Seiten der Preußen gefangen genommenen 9 Schweizer-Soldaten 4 Preußische Soldaten, welche mit Seitengewehren auf Schweizer-Gebiet gekommen waren, um in Beggingen einen Schoppen wohlfeilen Schweizer-Wein zu trinken, abgefaßt. Es wäre zu wünschen, daß beide Theile endlich einmal das Kleinliche und Unnütze dieser Grenzplackereien einsähen. — Uebereinstimmenden Berichten der Aemter der drei Rhein-Grenzbezirke zufolge ist durch das Preußische Militair-Kommando in Säckingen angeordnet, daß künftig nur solchen Personen der Eintritt in das Großherzogthum Baden gestattet sei, welche mit einem auf sie persönlich lautenden Scheine des betreffenden Gemeinde-Ammanns versehen sind. Zuwiderhandelnde werden entweder zurückgewiesen oder nach Umständen verhaftet.

Frankreich.

Paris, den 11. Mai. (K. Z.) Es geht das Gerücht, daß die Polizei einer großartigen Verschwörung auf der Spur sei; zugleich vernimmt man, daß, wahrscheinlich aus Anlaß dieser Entdeckung, 36 Mitglieder des demokratisch-sozialistischen Ausschusses im Saale Martel verhaftet worden sind. Unsere angeblich auf 130,000 Mann verstärkte Besatzung soll 230 Kanonen zur Verfügung haben. — E. Sue korrigirte heute in der National-Versammlung an Probebogen seines neuen Romans: „Die Geheimnisse des Volks.“ — Zu Limoges kam

es neulich zu einem Auflaufe, weil eine bei der Präfektur aufgestellte Kompagnie des 46. Regiments in Folge reichlich genossener Getränke revolutionaire Gesänge anstimmte. Sofort versammelte sich eine Volsmasse, und man hörte Vivats für die demokratisch-soziale Republik und für die Guillotine. Das Erscheinen des Obersten bewirkte, daß der Lärm aufhörte und die Menge sich verlief. — Die Regierung hat vom Gouverneur des Senegal eine Depesche vom 16. März erhalten, worin er anzeigt, daß die Trazzas nach wiederholt erlittenen Niederlagen sich bequemt hatten, um Frieden zu bitten und die nöthigen Bürgschaften zu geben, so daß die Ruhe in der Kolonie hergestellt war. — Nach Berichten aus Algier begab sich am 4. Mai, bei Sprengung einer Felsmasse am Hafen durch Minen, die etwa 8000 Pfund Pulver enthielten, das Unglück, daß durch die weithin geschleuderten Felsstücke viele der versammelten Neugierigen getroffen, 8 getödtet, 21 schwer und viele andere leichter verwundet wurden. Die an diesem Tage beabsichtigten Festlichkeiten unterblieben, und am 5. ward ein Seelenamt für die Umgekommenen in der Cathedrale abgehalten.

Napoleon Bonaparte hat, als Zugabe zu seiner schon erwähnten Protestation gegen das Wahlreform-Projekt, deren Annahme Bedau angeblich verweigerte, die er aber dennoch auf das Bureau der National-Versammlung niederlegte, nachstehende Adresse an die Wähler der Departements der Sarthe und der Charente inferieure veröffentlicht:

Bürger! Die Exekutiv-Gewalt hat ein Gesetz vorgelegt, welches einen schweren Angriff auf das allgemeine Stimmrecht enthält, indem es mehrere Millionen Wähler ihres Stimmrechts beraubt. Unter diesen Umständen werde ich Ihnen mein Betragen aus einander setzen. Mein Name, der Antheil, den ich an der Wahl vom 10. Dezember genommen, würden mich zu einem Mitschuldigen der Regierung machen, wenn ich nicht deren Gegner wäre. Indem meine Ueberzeugungen allein aus meinem Bewußtsein hervorgehen, habe ich eine schwere Pflicht durch die Niederlegung der folgenden Erklärung auf dem Bureau der National-Versammlung erfüllt. „In Anbetracht, daß die Souveränetät des Volkes in der Allgemeinheit der Bürger residirt; in Anbetracht, daß die Souveränetät unveräußerlich ist, und daß keine Fraktion des Volkes sich deren Ausübung zueignen kann; in Anbetracht, daß die Volksvertreter keine andere Gewalt haben, als die, welche ihnen das Volk abgetreten hat; in Anbetracht, daß der Bevollmächtigte das Recht dessen, von dem er die Vollmacht empfangen, nicht überschreiten kann, ohne seine Vollmacht zu verlieren; in Anbetracht, daß das Stimmrecht ein über alle andere Rechte erhabenes Recht ist; in Anbetracht, daß, wenn das Wahlreform-Projekt als Gesetz angenommen werden wird, eine bedeutende Fraktion des Volkes seines souveränen Rechtes beraubt würde: erklärt der unterzeichnete Volksvertreter feierlich, daß er auf der Bahn beharrt, die er einzuschlagen begonnen hat, als er die Vorfrage verlangte, und daß aus diesem Grunde, treu dem Prinzip der Volks-Souveränetät und der Verfassung, indem er nicht das Recht anerkennt, das allgemeine Stimmrecht anzugreifen, er durch seine Nichttheilnahme gegen eine revolutionäre Maßregel protestirt." Die National-Versammlung wird, wie ich hoffe, jene traurigen Rathschläge nicht befolgen. Die Majorität wird die Verfassung nicht verletzen und die, denen sie ihr Mandat verdankt, beleidigen wollen; und wenn sie diese Reform nicht durch die Vorfrage zurückgewiesen, so wollen wir bis zum letzten Augenblicke hoffen, daß sie das Gesetz in seiner Gesammtheit verwerfen wird. Wenn es anders käme, so müßten wir zusehen, ob nicht die Steuerverweigerung zu organisiren wäre. Wie das allgemeine Stimmrecht die Organisationskraft des republikanischen Frankreichs sein muß, so muß die Steuerverweigerung seine Widerstandskraft sein. Den thörichten und schlechten Menschen, die Ihnen sagen, daß Frankreich und die Gesellschaft mit der regelmäßigen und friedlichen Ausübung des allgemeinen Stimmrechts verloren sind, antwortet, die Geschichte in der Hand, daß kein Attentat von den Regierungen begangen worden ist, ohne daß sie dieselben Gründe angerufen hätten! Sie sehen, meine lieben Wähler, wie ernst unsere Lage ist, und wie sehr die Klugheit und die Einsicht, die den Geist gewisser Männer verlassen haben, sich in den Geist des Volks flüchten müssen.

— Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der National-Versammlung interpellirte Piscatory den Minister der auswärtigen Angelegenheiten über die Vorgänge in Griechenland und bittet um Vorlage sämmtlicher auf die Englisch-Griechische Angelegenheit Bezug habenden Aktenstücke. Der Minister entgegnet: „Es ist leider zu wahr, daß wir aus Athen eben so unangenehme, als unerwartete Nachrichten erhalten haben. Wir haben das Londoner Kabinet um Aufklärungen gebeten, die wahrscheinlich Montag oder Dienstag ankommen werden. Wir werden alsdann alle Aktenstücke zur Beurtheilung unserer Handlungen und unserer Absichten der Versammlung vorlegen und wir hoffen, daß keine derselben ihren Tadel verdient." Auf den Vorschlag des Ministers wird der nächste Donnerstag zur Discussion dieser Angelegenheit angesetzt, sodann die Diskussion des Budgets wieder aufgenommen und ohne bemerkenswerthe Vorgänge fortgesetzt. Sie wird unterbrochen durch die Vorlesung des Berichts über die Wahlen des Saone- und Loire-Departements, die ohne Widerstand für gültig erklärt werden. Die weitere Diskussion des Budgets (Finanz-Ministerium) bietet bis zum Schlusse kein Interesse dar.

Paris, den 13. Mai. Die Börse wurde heute durch das Gerücht von der Zurückberufung des Englischen Gesandten und von einem Arbeiteraufstand in Creuzot beunruhigt. — Napoleon Bonaparte wird vermuthlich nicht verfolgt werden, weil das Ministerium fürchtet, die National-Versammlung werde die Genehmigung hierzu nicht ertheilen. — In Paris wird eine Petition gegen das Wahlgesetz organisirt.

Großbritanien und Irland.

London, den 11. Mai. (Köln. Z.) Prinz Albert präsidirte gestern wiederum einer Zusammenkunft der Gewerbe-Ausstellungs-Commission. Unter den anwesenden Commissaren befanden sich Shaw Lefevre, Sprecher des Hauses der Gemeinen, Sir R. Peel und Sir R. Inglis. — Lord J. Russel ist so weit wiederhergestellt, daß er gegen Erwarten gestern im Parlamente erschienen ist und gesprochen hat. — Der Herzog und die Herzogin von Nemours haben gestern der Königin der Belgier einen Besuch in Buckingham Palace abgestattet. — In Irland sind die Orange-Logen der Distrikte Tintona und Dromore dem guten Beispiele, welches ihnen die Loge von Armagh gegeben hat, gefolgt und haben den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen.

— Die Unterhaussitzung vom 10. Mai wurde mit einer langen, erschöpfenden Debatte über die dritte Lesung des neuen Wahlgesetzes für Irland ausgefüllt. Den Mittelpunkt der Discussion bildete auch dies Mal, wie bei den bereits zurückgelegten Stadien derselben Bill, der Wahlcensus. Die Schaar der Torymitglieder erhob ein wildes Kriegsgeschrei gegen den niedrigen Satz von 8 Pf. St. und wünschte die Bill entweder verworfen und den Census wenigstens auf 15 Pf. St. erhöht zu sehen. „Die Zahl der Wähler, sagte hingegen der Premierminister, Lord J. Russell, beträgt in England, Wales und Schottland durchschnittlich 29 % von der männlichen großjährigen Bevölkerung; in Irland ist sie nicht etwa 25 % oder 20 % oder 10 %, sondern 2 %. Dieses arge Mißverhältniß darf nicht länger fortbestehen; die vorliegende Bill ist geeignet, dasselbe zu beseitigen. Welches ist dieser Thatsache gegenüber die Sprache der meisten Gegner des des Vorschlages? Indem sie die Frage über das Wahlgesetz über Bord werfen und ganz und gar nichts mit dem Stimmrecht zu thun haben wollen, sagen sie uns, daß andere Gesetze, Gesetze materieller Art, wie die Pächterfrage, die Aufmerksamkeit des Parlaments beschäftigen müßten. Dies ist die Sprache, die stets in despotischen Ländern geführt ist. Da hält man nichts für unheilvoller als politische Rechte des Volkes; die Freiheit der Presse, die Uebung des Wahlrechts sind da politische Fragen, und es ist die Sache der Regierung, väterliche Sorgfalt für die materiellen Interessen des Volkes zu tragen und — nach seinen Fischereien zu sehen. (Hört! Hört! und Gelächter.) (Hr. Disreali hatte nämlich gesagt, die Regierung thäte besser, sich mit der Hebung der Irischen Fischereien und dem Pächterrecht, als mit dem Irischen Wahlrecht zu beschäftigen.) Da entsteht der Glaube, politische Freiheit sei die Quelle der Unordnung und der Revolutionen, und daß man jene deshalb sorgfältig zu hintertreiben habe. In England haben wir eine total entgegengesetzte Lehre gewonnen, nämlich wenn die Bürger das Recht haben, Mitglieder in dieses Haus zu senden; wenn sie fühlen, daß sie gerecht und rücksichtsvoll repräsentirt sind; wenn sie wissen, daß ihren Vertretern die Kontrolle über die öffentlichen Ausgaben und ihr Antheil an der Gesetzgebung gesichert ist: dann wissen sie, daß sie durch diese Rechte in ihrer Stellung, in ihrer Würde gehoben werden, und daß sie, weit entfernt, dadurch weniger befähigt zu sein, sich Wohlstand zu erwerben und nach ihren materiellen Interessen zu sehen, gerade durch die Freiheit dazu noch befähigter gemacht werden. (Beifall.) Vor 60 Jahren kam Pitt, damals als Schatzkanzler, in das Unterhaus, um über den blühenden Zustand der Revenuen und der materiellen Interessen des Landes zu sprechen, und er sagte: „dies, sehen Sie, verdanken wir der Constitution von England", und Fox gratulirte dem Hause und bemerkte ebenfalls: „dies verdanken Sie der Verfassung dieses Landes". Die Freiheit und vor Allem das Wahlrecht leiteten zum Wohlstand." — Nachdem der Premier die Grundsätze hingestellt hatte, vertheidigte er die einzelnen Bestimmungen der Bill und hielt es für die Pflicht der Gesetzgebung, die gegenwärtige Ruhe Irlands zu benutzen, um eine Reform von so hoher Wichtigkeit durchzuführen, und nicht damit zu warten, bis eine neue Aufregung dazu dränge und sie dem Parlament abtrotze. — Langer Beifall von der liberalen Opposition und den Ministeriellen folgte dieser Rede, nach welcher die dritte Lesung mit 254 gegen 186 Stimmen angekommen wurde. (Nat.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 11. Mai. (H. B. H.) Die Sendung des Generals v. Below von Berlin hat hier Leben in die Friedens-Unterhandlungen gebracht, jedenfalls in die Nachrichten und Gerüchte über dieselben. Schon daß der hierhergesandte Adjutant des Königs von Preußen derselbe Diplomat ist, der 1848 den Waffenstillstand zu Malmö unterhandelte und abschloß, stellt den Blättern seine Sendung als eine wichtige dar. Bereits gestern hat General von Below, in Begleitung des preußischen Gesandten, Herrn von Werther, mit dem Könige und dem Premier-Minister auf Frederiksborg eine Zusammenkunft gehabt. — Die „Berlingsche Zeitung", welcher es auffällt, daß diese Sendung von keinem deutschen Blatte vorher gemeldet worden, schöpft aus derselben große Hoffnung, daß es Preußen nun wirklich Ernst mit dem Frieden sei. Ueber den Inhalt der Mission erlaubt sich dieses Blatt keine weitere Vermuthung. Faedrelandet bezieht sie auf die Empfehlung des sogenannten preuß. Ultimatums, Flyveposten auf die gemischte Kommission.

Spanien.

Madrid, den 5. Mai. Der König und Narvaez scheinen wieder auf gutem Fuße zu stehen. Nach der Niederkunft der Königin wird des Königs persönliche Civilliste vermehrt werden. Die Herzogin von Montpensier verliert durch diese Niederkunft 3 Millionen Realen, welche sie als nächste Thronerbin bis jetzt bezog.

Türkei.

Konstantinopel, den 29. April. In Konstantinopel organisirt man gegenwärtig ein Bataillon Sappeurs, ein Regiment Kürassiere und zwei Batterien reitender Artillerie; die beiden Ersteren werden Europäische Uniform, mithin auch kein Fes tragen, welches jetzt noch die gewöhnliche Kopfbedeckung für Civil und Militair ist.

Graf Stürmer forscht gegenwärtig nach der Krone des h. Stephan, oder vielmehr nach den Sporen des Grafen Zichy, welche sich bei derselben befunden haben sollen. Diese Sporen wurden einem gewissen Hrn. Boliak anvertraut, um dieselben Omer Pascha für jene Dienste anzubieten, welche Ungarn von der Türkei verlangte. Da sich die Unterhandlung zerschlug, wanderten die Sporen wieder in den Schatz zurück, aber ohne die kostbaren Diamanten, welche daran waren. Boliak war schon einmal dieserwegen verhaftet, aber später gegen Kaution wieder in Freiheit gesetzt worden. Nun ward er auf Verlangen des Grafen Sturmer neuerdings verhaftet, — der Graf wird übrigens den Dieb vermutlich leichter ausfindig machen, als die Diamanten. (Wanderer.)

Amerika.

Durch den Dampfer „Atlantic" haben wir Nachrichten aus New-York bis zum 27. April. Der „Ohio" war mit 120,000 Dollars Goldstaub aus Chagres angekommen, hatten aber keine späteren Nachrichten aus Californien gebracht. Der „New York Herald" spricht in Bezug auf den Vertrag hinsichtlich Nicaragua's die Ansicht aus, daß derselbe einen vollkommenen Umschwung im Welthandel hervorbringen und einen Wettstreit in Bezug auf die Seeherrschaft zwischen den Vereinigten Staaten und England veranlassen werde, wie ihn die Geschichte bisher noch nie gesehen. Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages veröffentlicht das erwähnte Blatt nicht. Durch Ausbrechen von Feuer auf einem Ohio-Dampfer sind über 100 Personen umgekommen. — Eine Feuersbrunst in Mexiko hat einen Schaden von mehr als ½ Mill. Dollars angerichtet. (K. Z.)

Vermischtes.

Die „Agramer Ztg." berichtet: Nachrichten aus Ragusa melden, daß sich die Erderschütterungen dort abermals und zwar sehr heftig erneuert haben, was eine nicht ferne traurige Katostrophe um so mehr befürchten läßt, als es bloß noch einiger starken Erschütterungen bedarf, damit die ohnedies wankenden Gemäuer ganz einstürzen; es wäre demnach, um wenigstens größerem Unglücke vorzubeugen, sehr klug, daß sich die zurückgebliebenen Bewohner von der so gefahrvollen Stadt — so lange es noch Zeit ist — entfernen, und sich theils nach Zara, theils nach Spalato und Sebenico begeben möchten. Es ist die Meinung Aller, daß die Stadt Ragusa in Kurzem nur ein Steinhaufen wird, wie es jetzt mit der Stadt Stagno schon beinahe der Fall ist. Diese immerwährenden Erderschütterungen lassen vermuthen, daß die ganze Strecke von Ragusa an bis Brozze auf einem unterirdischen Vulkane ruhe, was durch die dem Erdbeben immer vorausgehende Oscillation um so wahrscheinlicher wird.

Locales 2c.

σ Posen, den 16. Mai. Gestern früh 6 Uhr fand vor dem hiesigen Polizei-Direktorio eine Revision unserer 20 Droschken hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit, Dauerhaftigkeit, Zweckmäßigkeit und Bequemlichkeit unter Prüfung der Tarifs und Einschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über derartige Institute statt. Das Ergebniß derselben war allgemein zufriedenstellend. Es ist auch nicht zu läugnen, daß sich unsere Droschken zum größten Theile durch Eleganz und Bequemlichkeit vor denen größerer Städte auszeichnen. Nur wäre zu wünschen, daß die Fahrpreise nach den besuchtesten Belustigungsörtern des Posener Publikums, wie nach Urbanowo, dem Schilling, dem Louisenhain 2c. eine Ermäßigung fänden, da sie hierin mit denen Berlins und anderer Städte durchaus keinen Vergleich aushalten. Ein großer Mangel zeigt sich auch in der Niedrigkeit der Verdecke, welche den Fahrenden behindern, den Hut aufzubehalten. Auch können viele Verdecke gar nicht zurückgeschlagen werden, was bei schönem Wetter sehr unangenehm ist.

Posen, den 16. Mai. Mit besonderer Genugthuung haben wir vernommen, daß das zur Hebung der gewerbetreibenden Klasse vor etwa Jahresfrist hier angeregte Projekt einer auf Aktien zu gründenden öffentlichen Gewerbehalle, nunmehr endlich, nach Besiegung vielfacher Schwierigkeiten, zur Ausführung kommen wird. Nach erfolgter Aktienzeichnung bis zum Belauf von 2000 Thalern, ist von den Aktionairs ein aus fünf Mitgliedern — General-Lieutenant v. Steinäcker, Präsident Klebs, Professor Müller, Regier.-Rath Butzke und Buchdruckereibesitzer v. Rosenstiel — bestehender definitiver Vorstand des Instituts, nebst eben so viel Stellvertretern, erwählt worden, und dieser hat im Verein mit den an der Anstalt betheiligten Gewerbetreibenden aus der Zahl der letzteren eine Fachkommission zur sorgfältigen Prüfung der eingelieferten Arbeitsstücke ernannt, wodurch dem großen Uebelstande, daß dem unkundigen Publikum schlechtgearbeitete Waaren zu Kauf gestellt werden, vollständig vorgebeugt wird. Wie wir hören, ist im Seidemann'schen Hause am Markt ein angemessenes Lokal für die Gewerbehalle gemiethet worden, und viele Gewerbetreibende haben bereits Arbeitsstücke eingeliefert, so daß die Eröffnung gleich nach erfolgter Einzahlung der gezeichneten Actienbeträge, jedenfalls noch vor Johannis, zu erwarten steht. Von dem so vielfach bewährten Gemeinsinn unserer wohlhabenden Mitbürger läßt sich wohl mit Zuversicht voraussetzen, daß sie mit der Einzahlung der Aktienbeträge sich nunmehr beeilen werden, damit nicht durch ihre Schuld die Eröffnung des Instituts verzögert werde, indem dem Gewerbetreibenden bei Ablieferung ihrer Arbeitsstücke die durch das Statut festgesetzten Vorschüsse geleistet werden müssen. Der Einziehung der Aktienbeträge hat sich das stellvertretende Vorstandsmitglied, Referendarius Lüpke, dem der Geschäftsführer der Anstalt, Tischlermeister Löschke, zugeordnet ist, bereitwilligst unterzogen. So dürfen wir hoffen, sofern die Aktienzeichner ihrer freiwillig übernommenen Verpflichtung nur unverweilt, wie es von ehrenhaften Männern zu erwarten steht, nachkommen, daß Posen, wie bereits so viele andere Städte, sich binnen wenigen Wochen eines Instituts zu erfreuen hahaben wird, das den schönen Zweck hat, dem in Folge der Zeitverhältnisse so hart bedrängten Handwerkerstande wieder aufzuhelfen und gleichzeitig dem Publikum Gelegenheit zu geben, sich mit durchaus untadelig angefertigten Mobilien und anderen Waaren zu festen Tarpreisen zu versorgen.

ν Grätz, den 14. Mai. Die üblen Folgen des Alleinlassens von Kindern in Zimmern hat sich von Neuem in diesen Tagen in Sontop, einem Dorfe bei Neutomysl, bewährt. Kinder, deren Eltern in die Stadt zum Wochenmarkte gegangen, verfielen auf das Spielen mit Feuer, welches zur Folge hatte, daß vier Gehöfte und einiges Vieh ein Raub der Flammen wurden.

Musterung polnischer Zeitungen.

Wir haben uns nicht getäuscht, wenn wir neulich behaupteten, daß die Polen die Russische Propaganda des Wiarus mit Entrüstung zurückweisen würden. Wir lesen heut über diesen Gegenstand folgendes „Eingesandt" in No. 110. des Dziennik Polski: Wir halten es für eine Gewissenspflicht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die höchst gefährliche und falsche Ansicht hinzulenken, welche der Wiarus über unser Verhältniß zu Rußland zu verbreiten sucht. (Hier folgen die von uns in No. 108. gegebnen Russisch gesinnten Ergüsse aus No. 36. des Wiarus.) — Wie? fährt Dziennik fort, sollten wir schon so tief gesunken sein, daß wir im Stande wären, ohne Verletzung des National-Gewissens die bisher so rein erhaltene Polnische Idee aufzugeben, und zwischen Knechtschaft und Knechtschaft zu wählen, indem wir sagen sollten, diese Knechtschaft ist uns lieber, ist besser, als jene, der Russe ist uns lieber, als ein anderer Unterdrücker unseres Volkes? Nein, so tief ist (Dank dem Himmel!) das Polnische Volk doch noch nicht gesunken! Niemals wird es weder mit der Knechtschaft, noch mit irgend einem Räuber unseres Landes einen Vertrag schießen! Wir wählen nicht zwischen der Knute und dem Stock, zwischen geringerer oder größerer Knechtschaft, denn wir verlangen nicht den Stock, nicht die Knechtschaft, sondern Gerechtigkeit! Wir würden die niedrigsten Werkzeuge des Zarenthums, der Knechtschaft, des Absolutismus und der Barbarei sein, wenn wir auf die Ansicht des Wiarus eingehen, und eine Knechtschaft der andern vorziehen sollten. Wir begreifen nicht, wie der Redakteur des Wiarus eine so schädliche Propaganda unter das schlichte Volk werfen konnte. Uebrigens begegnen wir in dem angeführten Artikel den augenscheinlichsten Unrichtigkeiten! Oder ist es wahr, daß der Russe, d. h. die Russische Regierung, hält, was er verspricht? Hat er den Wiener Traktat selbst vor 1830 gehalten? Wohl hält der Russe sein Versprechen, aber nur dann, wenn er verspricht, daß er Dir so und so viel Hiebe aufzählen, daß er Dich nach Sybirien, wenn auch als Leiche, bringen will! Ist die Russische Herrschaft nicht auf die scheußlichste Unsittlichkeit gegründet? Wo findet man mehr demoralisirte Menschen, nichtswürdigere Spione, als unter der Russischen Regierung? Wer demoralisirt systematischer sowohl die männliche als weibliche Jugend in Instituten jeglicher Art?

Wer kennt nicht die Pensions-Anstalten in Warschau? Verfolgt nicht der Russe die Unirten? oder hat der Wiarus vergessen, was vor einigen Jahren in Litthauen geschah? Sollen wir uns für einen so elenden, geringen und materiellen Vortheil, daß der Russe die Polen zu Aemtern zuläßt, am Ende mit ihm aussöhnen? Die Spioniererei ist auch ein Russisches Amt, oft mit hohem Range und großen Einkünften verbunden! Der Russe, d. h. die Russische Regierung als eine despotische, ist und kann nie unser Retter sein; wie das Wasser sich nicht mit dem Feuer, wie die Freiheit sich nicht mit der Knechtschaft einigen kann, so kann auch der Pole mit dem Russen sich nimmer einigen! Natürlich reden wir nicht, weder ich noch der Wiarus, von der Russischen Nation, denn die Russische Nation kann nicht hierher nach Ostreszewo kommen, konnte nicht Polen mit zerreißen ꝛc., sondern nur von der Russischen Regierung. Diese hat Polen nicht nur zerreißen helfen, sondern hat damit sogar den Anfang gemacht. Der tartarisirte Russe ist auch nicht mit uns von demselben Slavischen Blute, was ich nicht erst zu beweisen brauche. Machen wir also einen Unterschied zwischen den Nachkommen Rus's und der Tartarischen Horde!" . . . — So weit der Artikel des „Eingesandt"! Wir bemerken in der vom Wiarus so sehr abweichenden Ansicht desselben über das Verhältniß der Polen zu Rußland den Unterschied, der zwischen der altaristokratischen und demokratischen Partei unter den Polen überhaupt besteht. Die erstere Partei, die sich auch in Polen mit der russischen Regierung zum Theil vollständig ausgesöhnt hat, hegt bei uns unverkennbare Sympathieen für Rußland, während die letztere dieselben aufs Entschiedenste desavouirt. —

Der Wiarus brachte neulich in Nr. 36 einen Artikel, „der dritte Mai" überschrieben, worin er die Konstitution vom 3. Mai 1791 bis in den Himmel erhebt, und die Rechte und Freiheiten, die dadurch dem Bauer verliehen worden wären, nicht genug rühmen kann. Er meinte, das wäre doch eine ganz andere Konstitution gewesen, als die gegenwärtige Preußische, die sogar kein Mensch gern beschwören wolle, und schloß seine ächt Polnischen Prahlereien mit den Worten: „Ja, ja, Herr Bruder, die alten Zeiten kennt ihr nicht, die alten Zeiten waren gut, Freiheit und Eintracht lebten da in Polen. O Gott, gieb uns doch die alten Zeiten zurück! Deine Hand vermag ja Alles!" Wir lassen heute das Urtheil eines Londoner Korrespondenten des Dziennik polski (in Nr. 110) über dieselbe Konstitution folgen. Er sagt: Was bezweckte die Konstitution vom 3. Mai hauptsächlich? Sie wollte nur die Regierungsform ändern, aus der Wahlmonarchie eine erbliche machen! . . . Begonnen durch fremde Einflüsse, zu Stande gebracht durch den Widerwillen des herrschenden Standes (des Adels) gegen jegliche soziale Reformen, kann sie nur eine Bundesarche für die Selbstsucht der Royalisten sein, denen der erbliche Thron den sichersten Schild bietet. In ihr waren daher alle und jede Adelsprivilegien aufs Ausdrücklichste bestätigt. Ihr ganzer Liberalismus bestand in dem sogenannten Schutz des Gesetzes, d. h. darin, daß der Edelmann, wenn es ihm beliebte, den Bauern frei geben oder den Zustand der Knechtschaft, die sogenannte Unterthänigkeit, mildern konnte; 2) in der Freiheit der Bekenntnisse, welche neben der römisch-katholischen Religion, die als herrschende anerkannt war, bestehen sollte. Das war zu wenig, um Polen zu retten, wie sollte es hinreichen, um es vom Tode zu erwecken?" — Die Gazeta polska bringt in No. 110. aus Wien über die dortigen kirchlichen Verhältnisse folgende Nachricht: Hier sind in der letzten Zeit gegen 7000 Personen zum Deutsch-katholischen Bekenntniß übergegangen. Die Aufmerksamkeit, welche die Verfolgung der Adamiten in Ungarn auf sich zieht, verschafft auch diesem Schisma viele Anhänger.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 16. Mai.

Hôtel de Bavière: Frau Gtsb. Gräfin Grabowska a. Lukowo; Gtsb. Graf Bninski a. Gleśno; Gutsb. Byszewski a. Warschau; Kaufm. Albrecht a. Liegnitz; Kaufm. Schmits a. Aachen, Kaufm. Matthes a. Berlin.

Bazar: Die Gutsb. Rychłowski u Wład Rychłowski a. Zimnowoda; Bürger T. Otocki a. Napachanie; Frau Gutsb. v Bojanowska a. Rogaczewo; Gutsb. Ed. Zółtowska a. Myszkowo; Gutsb. Grotkowski a. Górze; Gutsb Adam Grabowski a. Lukowo.

Lauk's Hôtel de Rôme: Gutsb. v. Zychlinski a. Psarski; Gutsb. v. Below u Partik. v. Poyda a. Hohendorf; Kfm Glaser a. Berlin; Kaufm. Tillich a. Frankfurt a. O.

Hôtel de Dresde: Landger.-Rath Wegener nebst Frau a. Arnswalde; Frau Rentier Neumann a. Schmiegel.

Hôtel à la ville de Rome: Frau Gutsb. v. Mielęcka a. Sciborze; Gutsb. Graf Skorzewski a. Kretkow.

Hôtel de Berlin: Partik. Seimert a. Sprottau.

Im Eichborn: Kaufm. Hirsch a. Krotoschin.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.